



HAK-Fraktion | Rathausstr. 11 | 58095 Hagen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dennis Rehbein

- im Hause -

Bearbeitet von: Ömer Oral      Tel.: 02331 207 2063      Email: [fraktion@hak-hagen.de](mailto:fraktion@hak-hagen.de)      Dat.: 20.04.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rehbein,

gemäß § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hagen möchten wir im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.04.2026 ergänzend zu TOP Ö 4.2 „**Initiative ,Null-Toleranz-Strategie für Hagens Innenstadt und Stadtteilzentren**“ die Verwaltung bitten, unseren Sachantrag auf die Tagesordnung aufzunehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. vor einer Entscheidung über die Schaffung von 25 zusätzlichen Stellen eine fachliche Stellungnahme der zuständigen Sicherheitsbehörden einzuholen und dem Ausschuss vorzulegen.  
*Hierzu sind insbesondere Vertreter der Polizei sowie des städtischen Ordnungsdienstes (SOD) in die nächste Sitzung einzuladen.*
2. darzustellen,
  - ob und in welchem Umfang die vorgeschlagenen 25 zusätzlichen Stellen tatsächlich geeignet sind, die objektive Sicherheitslage nachweisbar zu verbessern,
  - welche konkreten sicherheitsrelevanten Defizite aktuell bestehen und wo diese räumlich verortet sind,
  - welche alternativen Maßnahmen (z. B. organisatorische Änderungen, bessere Koordination, gezielter Einsatz vorhandener Kräfte) möglich sind.
3. eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, die insbesondere darstellt,
  - die jährlichen Gesamtpersonalkosten der 25 zusätzlichen Stellen,
  - die langfristigen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt,
  - sowie eine Gegenüberstellung mit möglichen Investitionen im sozialen und bildungspolitischen Bereich.

## **Begründung**

Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD sieht u. a. die Schaffung von 25 zusätzlichen Stellen im Stellenplan ab 2026 vor.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage der Stadt Hagen ist jedoch besondere Zurückhaltung bei der Ausweitung von Personalkosten geboten. Die Personalausgaben zählen bereits heute zu den größten Ausgabenblöcken im städtischen Haushalt und liegen im interkommunalen Vergleich auf einem hohen Niveau.

Gleichzeitig steht die Stadt vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, die bereits zu Einschnitten insbesondere im sozialen und bildungspolitischen Bereich führen. Vor diesem Hintergrund ist sorgfältig zu prüfen, ob zusätzliche Stellen in diesem Umfang finanziell tragbar und prioritär sind.

Zudem stellt sich die zentrale Frage, ob durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere die personelle Aufstockung, tatsächlich eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage erreicht werden kann. Nach Einschätzungen aus dem Polizeibeirat gehört Hagen bereits heute zu den sichereren Kommunen im Land, sodass eine differenzierte Bewertung der tatsächlichen Problemlage erforderlich ist.


Eine fundierte Entscheidung setzt daher voraus, dass die Einschätzungen der fachlich zuständigen Behörden, insbesondere der Polizei und des Ordnungsdienstes, in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die eingesetzten finanziellen Mittel nicht zielgerichteter in präventive Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Soziales, Bildung und Integration, investiert werden sollten, um die Ursachen von Unsicherheitsgefühlen langfristig zu adressieren.

Mit freundlichen Grüßen



Sinan Akbaba  
Fraktionsvorsitzender



Ömer Oral  
Geschäftsführer